

Wahl der Ausbildung - ein freiheitliches Grundrecht?

Romain Biever

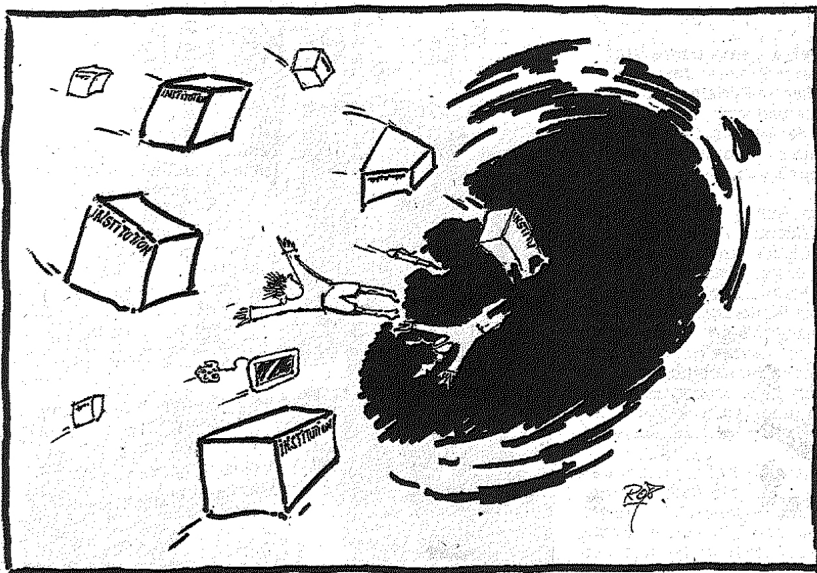
Stellen wir uns einmal vor, unsere Kinder hätten ein echtes Grundrecht zur Wahl ihrer Ausbildung. Wir riskierten morgen in einer anderen Welt zu leben.

Doch malen wir den Teufel nicht gleich an die Wand, es gibt genug sogenannte garde-fous, die die Ambitionen unserer Kinder in geregelte Bahnen lenken. Die aktuell dominante neoliberale Doktrin hat schon dafür gesorgt, dass der Nährboden in Bezug auf die benötigte menschliche Arbeitskraft und der damit einhergehenden „persönlichen“ Einstellung bereits in sehr jungen Jahren ausgiebig zum Wohle dieser Doktrin kultiviert wird. Und wir sind alle dabei, machen alle mit, als Eltern, Pädagogen, Politiker, Medien, Arbeitgeber. Zum Wohle unserer Kinder!

Sie sollen doch einen Beruf erlernen, der sie später zumindest ernähren kann, der es ihnen ermöglicht, ein besseres Leben zu führen als wir. Ein besseres Leben? Was könnte das bedeuten? Sozialer Aufstieg, mehr Geld und damit mehr Anerkennung? Dies alles in einem System, das uns nur allzu gut bekannt ist. Zu welchem wir alle nicht müde werden zu sagen, dass es sozial verantwortungslos ist, dass es unser natürliches Umfeld stark beeinträchtigt, dass es unser wirtschaftliches Handeln, welches beständiges Wachstum fordert, in eine Wahnsinnschleife getrieben hat. Wenn wir diese Analyse auch nur im Ansatz gutheißen, besteht dann nicht die Gefahr, dass wir unsere Kinder in „Sozialdarwinismus“ erziehen und ausbilden? Jeder für sich – und der Stärkere wird sich durchsetzen.

Erziehung und Ausbildung sind die ersten Wegweiser dafür, in welche Welt wir unsere Kinder morgen entlassen. Ihre Welt? Nein, bestimmt nicht. Es ist die unsere, in welcher wir so viel zu verbessern haben, vor deren „Mechanik“ wir zum Teil kapituliert haben, da sie wie ein Selbstläufer tagaus, tagein, unser Mitmachen einfordert. Wir folgen blindlings unseren antrainierten Wegweisern, jeder an seinem Platz. Der homo oeconomicus lässt grüßen, die Konkurrenz ist gewaltig und allgegenwärtig.

Vornehmlich in der uns so vertrauten Arbeitswelt handeln wir so, weil wir uns offensichtlich dazu berufen fühlen. Nur hatten wir



die freie Entscheidung, um uns zu diesem oder jenem Beruf berufen zu fühlen. Gab es nicht Wegweiser, die uns eher in die eine oder andere Richtung geleitet haben? Sind wir nicht mit voranschreitendem Alter mehr und mehr darauf hingewiesen worden, dass man den Schoß der Familie irgendwann verlassen müsse und gezwungen sein wird, für sich selber zu sorgen? Hat nicht die Schule uns dasselbe gelehrt? Hat man uns dort nicht vermittelt, dass uns nach der Schule ein hartes Arbeitsleben bevorsteht und dass wir, je nach „Bebung“, eher den einen oder den anderen Beruf anstreben sollten? Zumindest ist es so gewesen, dass Angebot, sprich Arbeitsplätze, und Nachfrage, sprich Arbeitnehmer, noch mehr oder weniger numerisch vereinbar waren.

Und heute? Heute stimmen sogar diese Koordinaten nicht mehr. Das Phänomen der Arbeitslosigkeit, des Nicht-Gebraucht-Werdens, ist der empirische Beweis. Die „sanfte Selektion“, die unsere Generation erfuhr, reicht in diesem Sinne heute nicht mehr aus. Die Schule wird somit immer mehr zu einer Institution, welche die Hatz auf die Arbeitsplätze zu organisieren hat. Welche Arbeitsplätze das sind, definiert die Wirtschaft und alle die, die sich kritiklos an ihrer selbst treibenden, rein profitorientierten Entwicklung beteiligen.

Die nicht hinterfragte Wirtschaft bestimmt aber eben nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, sondern bestimmt automatisch auch die Kompetenzen, die sie braucht und somit die Art der Berufe, die zu ihrer eigenen Weiterentwicklung erforderlich sind.

Antrainierte Wegweiser

Per Definition dürfte man daraus schließen, dass die Vorgabe, in unserer „freiheitlichen Gesellschaft“ können Kinder ihrer Berufung freien Lauf lassen, folglich ihren Beruf frei wählen und somit ihre Zukunft mit gestalten, eine Mär ist. Wie steht es denn um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, fordert sie nicht ein Umdenken auch und vor allem in den Fragen der Erziehung und der Ausbildung ein? Natürlich tut sie das und natürlich wird dieses Konzept in der Schule thematisiert. Aber auch von den Eltern, den Politikern, den Medien und, last but not least, auch ausdrücklich von der Wirtschaft.

Aber stellen alle die erwähnten Institutionen dabei ihr aktuelles Handeln in Frage? Vordergründig, noch einmal, ja! Denn Eltern halten ihre Kinder dazu an, Müll zu trennen, Pädagogen werden nicht müde, den Kindern den drohenden Klimawechsel zu erklären, Politiker erfinden neue

Besteuerungs- und Repressionsysteme, um Umweltbelastungen und andere parasitäre Elemente zu strafen, Medien berichten kritisch und ausgiebig über die Folgen des letzten Tsunamis, und die Wirtschaft, sie haut uns ihre neuesten Konzepte zur sozialen und ökologischen Verantwortung nur so um die Ohren. Und dennoch, der Druck auf die Menschen in unserer Gesellschaft scheint nicht abzunehmen. Im Gegenteil, zum „Fordern“ in Bezug auf das wirtschaftliche Überleben jedes Einzelnen kommt der Druck auf sein verantwortungsvolles nachhaltiges Handeln.

Wir leben also in einer Zeit, in welcher wir unseren Kindern erklären sollen, dass auf der einen Seite ein kapitalistisches organisiertes Wirtschaftssystem von ihnen verlangt, dass sie nur eine Chance haben, darin zu überleben, wenn sie die Funktionsweise der Gier und der Rücksichtslosigkeit verinnerlichen können und auf der anderen Seite versuchen wir sie dazu anzuhelfen, ein Verständnis sowie verschiedene Automatismen zu entwickeln, die einen gewissenhaften Umgang mit unserer Lebenswelt bedeuten, und dies soll dazu führen, dass sie in Zukunft die Chance haben, in einer intakten Welt zu leben.

Diese Gegensätzlichkeit in unserer gesamtgesellschaftlichen Lebensführung ist schlicht und

einfach verlogen und erschüttert zumindest nachhaltig das Vertrauen der Heranwachsenden in eben unsere Institutionen. Stehen wir also wiederum vor einer Krise der Institutionen? Wie etwa vor 40 Jahren als die Menschen sich gegen eine verkrustete konservative Gesellschaftsordnung auflehnten, in welcher Autorität und andere nicht hinterfragten Zwänge, unter der Fuchtel des Honoratiorentums, das Leben in der Gesellschaft regelten? Wer sind denn heute die neuen Honoratioren? Sind es nur die Wirtschaftsbesitzer und Organisationen wie WHO oder IWF? Oder zählen wir alle dazu?

Es mag ja sein, dass diese Krisen der Institutionen zyklisch sind und mit dem Fortschritt periodisch gesamtgesellschaftliche Infragestellungen neue Antworten suchen. Vor 40 Jahren lehnte sich zuallererst die Jugend gegen die damals existierenden gesellschaftlichen Zustände auf. Ist es dadurch besser geworden? Stellen wir uns doch am besten selber diese Frage. Wenn wir sie ehrlich beantworten, geben wir zu, dass wir uns letztendlich in ein System gefügt haben, das es uns ermöglicht hat, über unser Berufsleben zu dem geworden zu sein, was wir heute sind, mit mehr oder weniger Stolz.

Wenn die übergroße Mehrheit der Berufstätigen aber aussagen würde, dass es schwierig für sie ist, ihren Beruf und den Sinn des Lebens miteinander in Einklang zu bringen, dann sollte man über Erziehung, Ausbildung und BERUFUNG nachdenken und viel leicht erkennen, dass im Sinne nachhaltiger Entwicklung in Zukunft andere Berufe erforderlich sind, als die Wirtschaft sie heute ohne Wenn und Aber fordert.

Ohne den Fortschritt auch nur im Geringsten in Frage zu stellen, sondern ihn als Chance begreifend, sollten wir unsere Kinder darüber entscheiden lassen, welcher Berufung sie nachzugehen gedenken und dafür sorgen, dass der ethische, genauso wie der anerkennende Wert ihrer zukünftigen Arbeit einen angemessenen Rahmen finden kann. In der Solidarwirtschaft wird jedenfalls sehr hartnäckig an der Gestaltung dieser Zukunft gearbeitet. Mit viel Engagement und Freude, die sinnvolle Arbeit bieten kann.

→ Romain Biever ist Präsident des „Institut européen de l'économie solidaire“ (INEES)

Neue Ökonomie (19)

Europaweites Interesse an den Erfahrungen des OPE

Auf Anregungen aus dem deutschsprachigen Gebiet Belgiens hin beteiligte sich „Objectif Plein Emploi“ (OPE) während zwei Jahren am Projekt „Réseau interrégional d'échange de bonnes pratiques“, welcher sich zum Ziel gesetzt hatte, die Situation der Solidarwirtschaft und damit der Arbeitsbeschaffung auf lokaler Ebene voranzutreiben und zu verbessern.

Mit einigem Erfolg, denn die österreichischen Partner wollten versuchen, den organisatorischen Aufbau von OPE in ihrem Land zu verwirklichen.

In unserem Land gelang es dem OPE, einen seit 2001 mit der „Fédération des horticulteurs“ bestehenden Konflikt über eine „Concurrence déloyale“ beizulegen.



Nic Eickmann

Zwischen der Föderation und OPE wurde eine Abmachung unterschrieben, welche die Rechte und Pflichten der beiden Organisationen festlegte.

Für OPE war dies ein besonderes Moment, denn damit wurde ein erstes Mal ein Vertrag zwischen dem Privatsektor und dem Solidarwirtschaftssektor realisiert.

Ein Hauptthema des OPE für das laufende Jahr war der „Plan d'action locale“, welcher, mit Referenz auf den nationalen Aktionsplan, eine Übersicht über die Entwicklung der lokalen Beschäftigungsmaßnahmen geben sollte, die dann von der Europäischen Kommission an die EU-Mitgliedstaaten weitergeleitet werden sollte.

Die Konferenz hierüber wurde

ergänzt durch ein Seminar über das oben genannte „Réseau interrégional d'échange de bonnes pratiques“, an welchem Delegationen aus fünf Staaten, die an diesem Programm mitarbeiteten, teilnahmen.

In den Medien fand das Ganze ein unerwartetes Interesse, und das Konzept der Solidarwirtschaft wurde dadurch einem breiteren Publikum besser bekannt.

Die OECD organisierte in Wien ein Seminar über ihr Programm „Local Economic and Employment Development“, an welchem OPE teilnahm. Die luxemburgische Regierung hatte das Programm zur Kenntnis genommen, nahm aber nicht an dem Seminar teil. Nach Absprache mit den Verantwortlichen des Pro-

gramms wollte OPE versuchen, unsere Regierungsverantwortlichen für das Programm zu interessieren. Ab diesem Seminar war OPE auch Mitglied des „Partners Club LEED“.

2002 war dann auch das Jahr der ersten Überprüfung durch die Europäische Kommission über die Benutzung der Finanzen aus dem Strukturfonds des Arbeits- und Beschäftigungsministeriums. In diesem Rahmen wurden dann natürlich auch das Funktionieren und die Finanzen von OPE und anderen Organisationen, als Nutzer dieses Fonds, untersucht.

Die Zahl der bei OPE Beschäftigten bewegte sich damals auf 600 zu.

Nic. Eickmann

→ (wird fortgesetzt)